

Verbände fordern Nachbesserungen

[16.10.2025] Die Branchenverbände BDEW und BEE begrüßen die Reform des Energiewirtschaftsgesetzes, mahnen aber einfachere Verfahren und weniger Bürokratie an. Beide sehen beim Energy Sharing und beim Netzanschluss dringenden Änderungsbedarf.

Der Bundestagsausschuss für Wirtschaft und Energie hat am Dienstag (14. Oktober 2025) die geplante Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) in einer öffentlichen Anhörung beraten. Der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) und der Bundesverband Erneuerbare Energie (BEE) bewerten die Reform grundsätzlich positiv, fordern aber Nachbesserungen bei einzelnen Regelungen.

Novelle schafft mehr Planungssicherheit

Nach Angaben des BDEW schaffe die Novelle mehr Planungssicherheit und schließe bestehende Rechtslücken. Die Vorsitzende der Hauptgeschäftsführung, Kerstin Andreae, erklärte, die Änderungen dürften jedoch nicht zu „unnötiger, zusätzlicher Bürokratie“ führen. Die Bundesregierung solle sich – wie im Koalitionsvertrag vereinbart – darauf konzentrieren, Bürokratielasten abzubauen. Ein Bürokratiecheck des Bundeswirtschaftsministeriums habe bereits einige positive Ergebnisse gebracht, so Andreae.

Besonders das sogenannte Energy Sharing, also die gemeinschaftliche Nutzung von Energie, dürfe nicht zu neuen Belastungen führen. Der BDEW fordert, dass Energy Sharing dauerhaft auf ein Verteilnetzgebiet beschränkt bleibt, um Netzengpässe zu vermeiden. Zudem solle eine zentrale, staatlich finanzierte Beratungsstelle nach österreichischem Vorbild eingerichtet werden. Dort könnten Bürgerinnen und Bürger Musterverträge und praktische Hilfestellungen erhalten.

Netzanschlussverfahren beschleunigen und standardisieren

Auch der Bundesverband Erneuerbare Energie sieht Handlungsbedarf. BEE-Geschäftsführer Wolfram Axthelm forderte laut Verbandsmitteilung, die Netzanschlussverfahren zu beschleunigen und stärker zu standardisieren. „Eine Standardisierung würde nicht nur die Verfahren vereinfachen, sondern über die Skalierbarkeit von Komponenten auch Kosten senken“, sagte Axthelm.

Zudem mahnte der BEE eine konsequente Digitalisierung der Internetplattformen der Netzbetreiber an. Diese seien gesetzlich dazu verpflichtet, ihre Plattformen zu digitalisieren, hätten dies aber bisher nur unzureichend umgesetzt. Eine digitale Infrastruktur würde laut Axthelm mehr Transparenz über Netzzustände und Kapazitäten schaffen und so den Netzanschluss beschleunigen.

Regionale Wertschöpfung durch Energy Sharing

Beim Energy Sharing begrüßt der Verband, dass die Bundesregierung die europäischen Vorgaben frühzeitig aufgreife. Die aktuelle Ausgestaltung müsse jedoch nachgebessert werden. Maßgeblich für die Teilnahme solle nicht das Bilanz- oder Netzgebiet sein, sondern der örtliche Bezug zur Erzeugungsanlage.

„Wer eine Anlage in seinem direkten Umfeld und Sichtfeld hat, sollte ihre Energie auch nutzen können“, betonte Axthelm. Energy Sharing könne zur Akzeptanz der Energiewende beitragen und die regionale Wertschöpfung stärken.

(al)

Stichwörter: Politik, Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW), Bundesverband Erneuerbare Energie (BEE), Energiewirtschaftsgesetz (EnWG), EnWG-Novelle